

Der Overtarif.

Die Verordnung über seine Einführung.

Berlin, 9. März.

In Nr. 14 des Reichsgesetzblattes vom 7. März wird nunmehr die Verordnung über die Einführung eines Overtarifs veröffentlicht. Darin wird verordnet, daß für Waren, die aus Ländern kommen, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, oder die den deutschen Waren ungünstiger behandeln als die Waren eines dritten Landes, für eine große Anzahl Nummern des allgemeinen Zolltarifs an die Stelle der bisherigen Zollsätze und Zollzuschläge erhöhte Zollsätze und Zollzuschläge (Overtarif) treten.

Die Zumessung der Waren zu den einzelnen Tarifnummern geschieht in der Weise, daß die Waren gemäß den Vorschriften des allgemeinen Zolltarifs in den allgemeinen Zolltarif eingereiht und bei der zu befolgenden Tarifierung die Zollsätze und Zollzuschläge des Overtarifs angewendet werden. Die Waren auf deren Boden- und Gewerbesteuererzeugnisse der Overtarif angewandt ist, werden durch besondere Verordnung bestimmt.

Am Artikel 2 wird bestimmt, daß die Verordnung über Anmeldung und Nachweis des Herkunftslandes vom 28. Oktober 1925 in der Fassung der Verordnung zur Änderung von Ausfühsvorschriften zum Zolltarifgesetz vom 31. März 1930 folgende neue Nummer 1 erhält:

1. Herkunftsland ist
 - a) bei Bohnerzeugnissen das Land, in dem die Waren geerntet, gefördert oder auf andere Art gewonnen worden sind;
 - b) bei Gewerbeerzeugnissen
 - aa) das Land, in dem alle in den Waren enthaltenen Rohstoffe gewonnen und in dem ferner sämtliche Arbeiten vorgenommen worden sind, die zur Herstellung der Waren einschließlich aller ihrer Teile geübt haben;
 - bb) bei Beteiligung mehrerer Länder an der Herstellung das Land, in dem die Waren — auf inländische oder ausländische Kleidung, im selbstbegünstigten oder im freien Verkehr — die letzte wirtschaftlich abgeschlossene und eine wesentliche Veränderung ihrer Beschaffenheit bewirkende Bearbeitung erfahren haben.

Die bisherige Nummer 1 der Verordnung wird Nr. 2 und erhält unter b) folgende Fassung:

- b) Waren, die auf Grund von § 15 der Reichsgebührenverordnung über § 10 des Zolltarifgesetzes oder auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. Januar 1932 mit erhöhten Zöllen belegt sind.

Artikel 1 der Overtarif-Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung, Artikel 2 am 1. April 1932 in Kraft.

Reichsressorts und Arbeitsbeschaffung.

Noch keine Kabinettsvorlage.

In den letzten Tagen sind erneut Mitteilungen über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung bekannt worden, die nach Einschätzungen an zuständigen Stellen den Tatkraften einfließen vorläufigen.

Wenn mangelteil werden ist, daß nach den vorliegenden Plänen 600 000 Arbeiter Beschäftigung finden sollen, und daß im besonderen Reichspost und Reichsbahn in diesem Programm mit Millionenaufgaben figurieren, so handelt es sich bei dieser Ausfertigung um nur ein gewisses Plans, die u. a. im Reichsarbeitsministerium erörtert werden. Zu einer Kabinettsvorlage haben sich diese Pläne

aber noch nicht erledigt, da es notwendig erscheint, daß erst einmal die Reichsressorts untereinander sich über ein gemeinsames Vorgehen einig werden.

Am Reichswirtschaftsministerium werden die Aussichten eines Programms einstellen noch festlich beurteilt. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ohne Zutun der Reichsregierung vor sich gehen. Die Notwendigkeit, die Frage der Arbeitsbeschaffung vordringlich zu prüfen, wird keineswegs verneint, es wird aber andererseits darauf hingewiesen, daß in diesem Zusammenhang auch die Frage der Reparationen und des Vertrauens in die deutsche Währung eine besondere Rolle spielen.

Nach Donau — Balkenbund.

Polnische Stimmungsmache.

Warschau, 9. März.

Jede außenpolitische Handlung Frankreichs, die gegen Deutschland richtet und den Zweck verfolgt, die Nachbarn Frankreichs zu feindeln, wird von der polnischen Presse von vornherein fast ausnahmslos gutgeheißen. So ist es auch mit dem neuen Vorstoß Tardeus, der zweifelslos den Zweck hat, in das befehdenen mitteleuropäische Balkenbündnis nach Oesterreich und Ungarn hineinzuziehen und Deutschland dadurch noch mehr abzuschnüren.

Der nationaldemokratische „Kurjer Warszawski“ erklärt hierzu, daß der politische Gedanke Frankreichs eine natürliche und notwendige Ausfüllung der Lücke sei, die durch den Fehlschlag der Anschlußpolitik Deutschlands entstanden ist. Während die deutsche Politik „eigenständig und entgegen der Wertschätzung der Welt“ gewesen sei, habe Frankreich seinen Außenpolitischen Plan auf die breitere Grundlage eines Donau-Bundes gestellt. Das größte Hindernis erblickt das Blatt nicht in Oesterreich, sondern in Ungarn, dessen weitgehende Ansprüche bestritten werden müssen. Polen würden, so heißt es zum Schluß, auch gewisse Möglichkeiten eröffnet werden. Ein solches Bündnis könne der Danau-Bund für eine Agrarvereinbarung ausgenutzt werden.

Der regierungstreue „Krautner Illustrierter Kurier“ ist überzeugt, daß der Brindische Banerplan selbst das größte Hindernis sei, aber die Donausünder zweifellos Lebensmöglichkeiten besitze, und das um so mehr, als die ganze politische und wirtschaftliche Macht Frankreichs dahinter stehe.

Gleichzeitig weist das Blatt auf die großen Möglichkeiten eines baltischen Bundes, oder, wie so schon gesagt wird, der Vereinigten baltischen Staaten hin. „Baltisch würde“, so hofft das Blatt, „ein folger nachbarlicher Bund sehr bald unter die Fittiche Polens geraten, denn niemand anders als gerade Polen ist der Garant der Unabhängigkeit der baltischen Staaten.“

Das Blatt ist überzeugt, daß dieser Gedanke der baltischen Föderation in den in Frage kommenden Staaten bereits lebhafteste Zustimmung gefunden habe.

Die Rufengeschäfte der Industrie.

Regierung gibt Rebitskontredite.

Berlin, 9. März.

Ueber die Rufengeschäfte der deutschen Industrie sind in der Presse falsche Meldungen verbreitet worden. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist es Tatsache, daß die deutsche Industrie von den Rufgeschäften Aufträge erhalten hat. Die betreffenden Industriefirmen sind nun bei den Regie-

rungsstellen vorstellig geworden, um zu erlangen, in welchem Umfang die Reichsregierung ihre Hilfe für diese Geschäfte zur Verfügung stellen will.

Es handelt sich bei diesen Geschäften erstens um nicht völlig durchgeführte Aufträge aus dem Vorjahre, von denen die Firmen die von der Reichsregierung garantierten Beschäftigung in der Länge haben, die sie aber nicht realisieren konnten. Die Höhe dieser Beschäftigung beträgt etwa 120 Millionen RM. Die Reichsbank hat sich nun bereit erklärt, diesen Rebitskontredite zur Verfügung zu stellen. Zweitens handelt es sich um neue Aufträge, für die die Reichsregierung aber keine neuen Mittel zur Verfügung stellen kann. Da der Garantiefonds nur 1 Milliarde RM beträgt. Die Reichsregierung ist dagegen bereit, einzurufen, daß die Summe, die in diesem Jahre durch Zahlungen aus den Rufgeschäften herbeigeführt (etwa 400 Millionen RM), wieder in Form von Rebitskontrediten zur Verfügung gestellt wird.

Wachsende Schwierigkeiten.

Die wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Russen ihre Geschäfte in Deutschland weiter tätigen können, ist die Möglichkeit der Ausfuhr russischer Waren nach Deutschland. Russland hat im vorigen Jahre bis zu 300 Millionen RM eingeführt, was immer noch eine Passivität der russischen Handelsbilanz im Hinblick auf den deutsch-russischen Geschäftsverkehr bedeutet. Diese Passivität hat Russland durch Ausfuhr von Rohstoffen nach England und Italien und zum Teil auch durch Einfuhr von Eisen- und Stahlgut nach England gestillt, so wird zweifellos das Garantie-Departement weitere Schritte bis zur Höchstgrenze von zwölf Monaten bewilligen. Die englische Regierung drückt aber darauf, daß die Russen die Ausfuhr von Waren zum Geschäft mit England auch wieder in russische Bestellungen umwandeln. England hat bereits etwa 15 Millionen Pfund Kredit für das Rufgeschäfte zugestanden, schon um der eigenen Arbeitslosigkeit abzuwehren. Der Zwang für Russland, seine Handelsbilanz im Warenverkehr mit Deutschland auszugleichen, wird daher immer dringlicher.

Aus diesem Grunde wird es ausgeschlossen sein, daß durch Deutschland russische Aufträge in der vorliegenden Höhe von 300 Millionen wiederum hereinzuholen kann. Die deutschen Textil-, Holz- und Lebensmittelindustriellen sind daher wegen der russischen Einfuhren in größter Sorge. Zur der Ausfuhr aus Deutschland die deutsche Industrie geltend, daß die Auftragsaufträge für sie lebenswichtig sind.

Die Reichsregierung hat auf die Gestaltung dieser Dinge wenig Einfluß, zumal deutsche Firmen bereits Gegenleistungen abgeschlossen haben. Sie betreffen die Herstellung von Eisen und von Wolle in Russland gegen deutsche Industrieprodukte (zum Beispiel).

Das Hindernis der Völkerverständigung.

Der Erzbischof von Jort zur Kriegsschuldfrage.

London, 9. März.

In einer von der englischen Völkerverständigung herausgegebenen Kampfschrift nimmt der Erzbischof von Jort zu den belgischen Angriffen, die von verschiedenen Seiten nach seiner bei der Eröffnung der Völkerverständigung in Genf gehaltenen Rede u. a. auch von Sir Austen Chamberlain gegen ihn erhoben worden waren, Stellung. Er erklärt u. a., er müsse sich gegen die Ansicht wenden, daß die Kriegsschuldfrage aufrechterhalten bleiben solle als Erinnerung an das, was seine Untertanen damals für richtig hielten.

Das Märchen von...



Ein Liebesroman aus fidelesianischer Zeit von Paul Hals. Copyright 1931 by Romanias Digo, Berlin, W. 30.

Köderitz sah die Zähne in die Lippen. Eine nette Geschichte war das! Nur zu deutlich sah er den Haß in der Prinzessin's Gesicht. Sie hatte er verhöhnt, und mit der kleinen Komtesse gab er sich ein Stelldichein! Es war der Haß auf die Jungen, auf die Schönheit, auf die in ihr waltete.

„Wie Sie, Herr von Köderitz, um diese Zeit in den Park kommen, das werden Sie wohl Seiner Majestät erklären müssen.“

„Natürlich“, antwortete er ruhig. „Haben Siebeil sonst noch Fragen an mich?“

„Es klang gefällig, ohne Fürcht.“

„Danke!“

„Er neigte kaum merklich den Kopf. Was gab es hier noch viel zu reden? Die Sache war schon verloren, und es widerstrebe ihm, die Prinzessin um Parkton zu bitten.“

„Die lagte ohne ironisch.“

„So allig sehen die Kopfschmerzen einer Komtesse aus. Kommen Sie, Maschine von Köderitz.“

Köderitz griff nach einmal schnell nach ihrer Hand. „Mut, Abbel! Herr hilft mir Mut! Es gibt gefährlichere Situationen als ein entbedes Rendezvous! Ich siehe zu dir!“ Sie blinzelte ihm groß und vertrauensvoll an.

„Ich habe Mut!“

Köderitz schritt an der Prinzessin vorbei. Sie sah mit halb zusammengekniffenen Augen zu ihm auf. Der Park! Warum hat er nicht um Gnade? Doch in diesem Augenblicke wäre ihre bereit. Gnade vor Recht ergehen zu lassen, wenn er vor ihr niederfallen würde. Aber er hatte den Stolz in den Aden! Er war ein Herr!

„Nun gut — er würde nicht, was dieser Stolz wert war. Geduld! Ich wandle tie den Kopf zur Seite.“

„Kommen Sie, Komtesse.“

Schweigend schritt diese neben der Prinzessin durch den stillen Park, dem Schloß zu. Dort erst sagte Prinzessin Amalie kurz:

„Sie bleibt morgen auf Ihrem Zimmer.“

„Ihre Bitte heute, werden der Herr.“

Köderitz lief von einem Zimmer ins andere. Jede Nacht vergaß, so war auch diese vergangen. Der nächste Tag war ein Sonntag. Ein sonniger Tag, als es nur ein Sonntag.

„Aber Köderitz künnete sich heute blühwiegend um diesen wundervollen Vormittag, der durch die Fenster blühte.“

Er ging auf und ab. Mit kurzen, straffen Schritten, als probierte er Paradenmarsch.

Schlegel hatte grübelnd auf dem Fensterbrett und warf ab und zu einen mitleidigen Blick hinter dem Hutpfosten her. Er konnte bereits seines fremdes fatales Erlebnis dieser Nacht. Oft genug hatte er ihn gewarnt gehabt. Aber das hätte ja nun alles nichts, die Affäre war geschehen und nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Köderitz blieb plötzlich stehen.

„Wir tut nur Aufhebe so sehr teils“, knurrte er.

„Ja, ja...“

„Es nicht nichts, ich muß mit dem alten Sepidits sprechen, so wenig gewonnen er mir auch ist.“

„Hm — Schaden kann es jedenfalls nichts.“

„Ich werde Abade heiraten!“

„Natürlich.“

„Seine Majestät wird das nicht verbieten können.“

„Aber Graf Sepidits.“

Köderitz stampfte wütend mit dem Fuß auf.

„Zum Teufel, was ist das für eine verkehrte Sache! — Wenn man es genau nennt — eine schlimme Affäre! Rächerisch! Da sollten nun andere an das Herzerlebnis zweier Menschen, als ganze es sie etwas an.“

Schlegel nickte zustimmend.

Es war ein unruhiger Tag. Köderitz wagte sich nicht auf die Straße. Er wurde erst ruhig, als der Abend wie ein violetter Hauch über die Stadt fani.

Morgen geht ich zu Sepidits, dachte er lebend. Arme Mäde, was wird dir heute ausgefallen haben. Arme Mäde!

Aber er ging nicht zu Sepidits.

Es war zu spät.

Er kam nicht mehr dazu, denn das Schicksal hatte es anders bestimmt.

Am nächsten Morgen erschien der Schloßhauptmann von Bevern bei Köderitz. Er sah sehr ernst aus.

„Seine Majestät hatten befohlen, Köderitz habe sofort im Schloß zu erscheinen.“

Er hingelte Bevern an.

„Weshwegen?“

„Befehl! Ich habe keine Ahnung.“

„Da kann man nichts machen, mein Lieber.“

Bevern schien ihn erhoben worden waren, Stellung. Er erklärte u. a., er müsse sich gegen die Ansicht wenden, daß die Kriegsschuldfrage aufrechterhalten bleiben solle als Erinnerung an das, was seine Untertanen damals für richtig hielten.

„Sie können sich nicht mehr vorstellen.“

„Ja, man irrt sich manchmal in seinen Kameraden, nicht wahr? Sie hätte ich für vernünftiger gehalten.“

„Eine halbe Stunde später fand er dem König entgegen. Es war in demselben Zimmer, in dem er sich im ersten Teil dieses Jahres bei seiner Majestät am Hofe hatte.“

„Hinter sich ihn der König an. Die Hände auf dem Rücken verdrängt.“

Köderitz stand unbeweglich. Dieser scharfe Blick des Königs war unangenehm als ein lautes Donnerwetter.

„Er weiß, weswegen ich Ihnen befohlen habe?“

„Ich vermute nur, Eure Majestät.“

„So — so, so — Er vermutet —.“

„Ein hartes Räuspern.“

„Sehr Hauptmann von Köderitz — Sie waren vorgestern nacht im Park von Gansouf?“

„Ja, Seine!“

„Es war sogar nicht das erste mal.“

„Ja, Seine, mein!“

„Der Hauptmann von Köderitz, weiß ich, daß er ein — Schuft ist?“

„Das Wort fuhr ihn an wie ein dummer Hund. Es zuckte in seinem Gesicht.“

„Majestät! Hier er zwischen den Zähnen hervor.“

„Ja.“

„Majestät — nehmen das Wort zurück!“

Nebræer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebræ

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kößleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kößleben.
Geschäftsstelle in Nebræ: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kößleben Nr. 221. - Volksredaktion: Leipzig Nr. 22332

Anzeigenkosten: die 48 mm breite Millimeterzelle 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzelle im Restanteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Budtagen bis 12 Uhr mittags.

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RMW — Durch die Post bezogen 1.10 RMW.

Anstalten:
Stadtsparkasse Nebræ — Bankverein Actien.

Nr. 30

Donnerstag, den 10. März 1932.

45. Jahrgang

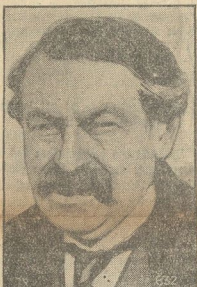
A 1 Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

Der Reichsbankdiskont wurde von 7 auf 6 v. H. ermäßigt.

Briand ¶.

Paris, 7. März.
Der frühere französische Außenminister Aristide Briand ist heute nachmittag kurz nach 14 Uhr MZG gestorben.

Die Stunden eines trüben Märzabends bringen eine Bekümmnis aus Paris, die nicht nur in Frankreich erschüttert: Aristide Briand ist tot! An den letzten Märzabenden des 7. März war dieses Leben ausgelebt und ausgekämpft. Genau drei Wochen trennten Briand von dem 70. Geburtstag; er hat dieses Degennium nicht mehr vollenden können. Und auch das ist ihm nicht vergönnt gewesen, was Stresemann vergönnt war: im Amt, im aktiven Dienst ist sein Volk und kein Land dahingeraht zu werden. Neunzig Wochen vor dem Tode hat er, fast langem der ruhende



Voll in der Kabinette flücht, das Außenministerium abgeben. Als Mitglied der Friedenskommission, durch Tod aus dem Kabinett Briand ausscheidet und Kaul ein Ministerium umgrupperte, da verließ Briand den Duai d'Oran. Kaul übernahm formell die Nachfolge. Aber schon amtierd Cardoux.

Welsch ein Leben

Der Sohn eines Kleinbürgers, eines kleinen Holzmitlers in Nantes, wird Adolfa. Ein Mann früh gelübter Berufsamt, einer der ganz dem Leben und schon damals sich dem Kämpfen hingibt. Ganz kommt er in die Politik, wird Vorkämpfer der Sozialisten der Gemäßigten, politisch schließt er sich den republikanischen Sozialisten an. Aber er ist nicht einer von denen, die sehr reich und in jugendlichem Alter Karriere machen. Dafür ist seine Vorbereitung dazu um so gründlicher. Mit 40 Jahren, 1902, wird er Abgeordneter, und dann geht es in rasendem Tempo weiter. Vier Jahre später schon ist er auf der Ministerbank als Unterrichtsminister. Die Trennung zwischen Staat und Kirche wird von ihm vollzogen. Es ist wieder drei Jahre später, 1916, als Clemenceau zurück, ist er zum ersten Mal Ministerpräsident der französischen Republik. Seit seiner Zeit steht er ununterbrochen in der vorderen Front der maßgebenden französischen Politiker, deren Wort gilt. Gekannt ist ihm aber nur für kurze Zeit. Als Vorläufer zum Präsidenten gewählt wird, kommt er wieder an die Spitze des Kabinetts. Ruhelos diese Zeit. Denn schon nach zwei Monaten ist Briand hin ab. Bei Kriegesbeginn ist er Außenminister im Kabinett Briand. 1915 tritt er zum dritten Mal an die Spitze der Regierung, um allerdings bald wieder Clemenceau Platz zu machen. Wiederum wird er Ministerpräsident, als Millard zum Präsidenten gewählt wird.

Wie Briand starb.

Wie aus dem Freundeskreise Briands bekannt wird, waren sich die Ärzte während der letzten Wochen der Hoffungslosigkeit des Falles klar bewußt und rechneten täglich mit dem Tode des alten Ministers. Es bestand jedoch strenge Vorsicht, nichts über den Ernst des Gesundheitszustandes in die Öffentlichkeit bringen zu lassen, da Briand bis zum letzten Tage persönlich die Zeitungen las und nicht auf diesem Wege erfahren sollte, wie schlimm es um ihn stand.

Eine Reise vom Belletstelsystemen ist in Paris eingeleitet. So haben die Könige Georg von England und Präsident Hoover dem Präsidenten der französischen Republik ihr Mitgefühl zum Hinschiede Briands ausgedrückt. Der italienische Außenminister Orlando richtete eine Depesche an Cardoux, in der er Briand als einen der größten Diener seines Landes und des Weltfriedens bezeichnet. Bei der Familie des verstorbenen Staatsmannes lag auch ein Beileidstelegramm der Witwe des Reichsaussenministers Dr. Stresemann aus Nizza ein.

Ergänzend wird berichtet, daß Briand bei seiner Ankunft in Paris am Abend des 29. Februar die Treppe immer im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung allein hinaufgegangen ist. In den letzten Tagen habe der Kranke unter dem Aussehen gelitten. Am Montagvormittag sei das Bewußtsein geschwunden und nur für kürzere Zeit zurückgekehrt. Der Todesstreich habe gegen 10.30 Uhr vormittags eingelegt und habe drei Stunden gedauert.

Die sterblichen Überreste Briands werden am Donnerstag nach dem Duai d'Oran übergeführt und im Außen-

ministerium aufbewahrt werden. Am Sonnabend hat dann Ministerpräsident Cardoux als Höhepunkt der Trauerzeremonie die Gedächtnisrede, worauf die provisorische Beisetzung auf dem Friedhof von Passy erfolgt. Auf Wunsch der Familie bzw. des Verstorbenen fällt der sonst übliche Trauer Gottesdienst in der Notre-Dame-Kathedrale aus.

Wenn die Leiche Briands nach Gohereil übergeführt wird, fleht noch nicht die. Die Reichspresse legt großen Wert auf die Feststellung, daß Briand nur wegen einer unabweisbaren Leiden und nicht infolge irgendwelcher Antriebe aus dem Kabinett Bval ausgeschieden sei. Seine Freunde von der Linken hätten die Dinge anders dargestellt, da sie aus politischen Gründen den Wunsch gehabt hätten, die erste Erkrankung Briands vor dem Definitivität zu verheimlichen. Eine reiche Klärung der Frage ist infolge der völlig verschiedenen Darstellungen kaum möglich, doch dürfte sowohl politische wie gesundheitsliche Gründe für seinen Rücktritt im Januar maßgebend gewesen sein.

Das Beleid der Reichsregierung

Zum Hinschiede des früheren Ministerpräsidenten Briand übermittelte Reichsminister Brüning dem Berliner Vertreter von Havas folgende Erklärung: Mit aufrichtiger Trauer würdigt auch die Deutsche Reichsregierung den schweren Verlust, den das deutsche Volk durch das Hinschiede des großen französischen Staatsmannes Aristide Briand erlitten hat. Mit Briand verliert eine der bedeutendsten politischen Figuren der Zeitgeschichte. Mit ihm verliert Frankreich eine seiner führenden Persönlichkeiten, die Welt eine ihrer vornehmsten und interessansten politischen Gestalten. Ein ausnahmlosiger Staatsmann war nicht in Deutschland zu befehlen und in der Tat war er ein Name, der für das deutsche Volk verbunden mit den deutsch-französischen Annäherungsbestrebungen und wird in diesem Sinne fortleben.

Man die Entschädigung Deutschlands aus schwere Enttäuschungen gebracht haben, in denen das deutsche Volk an der Bahr dieses Mannes an, daß er in unerwiderlicher Mäßigkeit seinen Heimpland dienend, gleichzeitig ein aufrichtiger und überzeugender Diener der Friedensidee war, sein ehrlüches Streben der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gezogen hat.

Ih persönlich empfand das Hinschiede Briands um so schmerzlicher, als ich bei den deutsch-französischen Ministerverhandlungen des letzten Sommers Gelegenheit gehabt habe, mit Briand persönliche Beziehungen anzuknüpfen und dabei seinen politischen Willen, seine Abgeklärtheit und die Wärme seines Wefens unmittelbar kennen zu lernen.

Radolny nach Genf zurückgekehrt.

Seine Deputierungen in Berlin.

Berlin, 8. März.
Der Führer der deutschen Abordnung auf der Arbeitskonferenz, Vizepräsident Radolny, ist wieder nach Genf zurückgekehrt, nachdem er dem Reichstager und dem Reichspräsidenten über den Stand der Verhandlungen Bericht gehalten hatte. Der Vortrag ist erfolgt, weil die Konferenz nachtem sie bisher nur die programmatischen Neben- und Hauptaufsätze und die Aufstellung des Arbeitsprogramms zum Gegenstand hatte, namentlich in die eigentlichen sachlichen Verhandlungen eintritt.

Wie von unternichteter Seite verlaunt, ist die von der Abordnung schon bisher eingehende Arbeit, welche eine zukunftsreiche Linie, unter unbedingtem Festhalten an der deutschen Grundeinstellung möglichst den guten Willen Deutschlands zur Mitarbeit an einer positiven Lösung zu zeigen, vom Reichspräsidenten und von der Reichsregierung gebilligt worden. Formale Fragen sind nicht als auslösendegehend zu bezeichnen; es kommt darauf an, daß fastmöglich abgeklärt wird, und daß für Deutschland ebenso wie für alle anderen Staaten nur noch die abzuschließende Konvention maßgebend ist.

Offener Brief der NSDAP.

Dr. Goebbels an den Reichsaussenminister.

Berlin, 9. März.
In einem vom Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels unterzeichneten offenen Brief der NSDAP, an den Reichsaussenminister Groener wird gegen die in letzter Zeit erfolgten Verbote und Beschlagnahmen von nationalsozialistischen Organen und Wahlmaterialien Einpruch erhoben. Nach einer Aufzählung der einzelnen Fälle, u. a. des „Völkischen Beobachters“, der Verbote der „Freiwirtschafts Zeitung“ und des „Angriff“, wird Groener darauf aufmerksam gemacht, daß die anderen Parteien unbeschränkt agieren dürfen. Weiter wird auf den offenen Brief Groeners an Hitler Bezug genommen, in dem der Minister erklärt hat, daß es als seine Ehrentauf bezeichnet, über die Ehre und das Ansehen Hindenburg zu wachen. Der Minister wird in diesem Zusammenhang gefragt, warum er gegen die Beschlagnahmen Hindenburgs durch die kommunistische Presse nicht einschreite.

„Zum Schluß heißt es in dem offenen Brief wörtlich: „Herr Minister Groener! Durch Ihre Duldung einer so gearteten Handhabung der Presseordnungsparagraphen werden Sie bei Ihrem Bemühen, über Ehre und Ansehen des Generalfeldmarschalls zu wachen, ihm letzten Endes einen schledchen Dienst erweisen. Das deutsche Volk wird am 13. März darauf die richtige Antwort erteilen.“

Die Lappomänner abgezogen.

Die Führer in Haft.

Stockholm, 8. März.

Die Lappomänner in Mänfäla stellen gewisse Bedingungen für ihren Abzug: Allgemeine Amnestie und das Recht, in geschlofenem Zuge nach Helsingfors zu ziehen und sich dort aufhalten zu dürfen. Das wurde abgelehnt. Am Nachmittage wurden die Wagnissen der Exzelle eingezogen, und dann zogen sie ab. Damit dürfte der Aufbruch zu Ende sein.

Die Lappoführer Wallenius, Kofola, Koiwifo, Sarjo, Comeralo und Gustafson wurden gefangen genommen und im Auto nach Helsingfors gebracht, wo sie von der Polizei in Empfang genommen wurden. Der Staatspräsident hat das militärische Oberkommando wiederüberlegt. Genur und Beschränkung des Telefonverkehrs sind aufgehoben worden.

Die Verurteilung der gefangenen Führer wird dem Justizgericht überlassen. Die Anklage wird auf Aufbruch der Sowjetraute lauten. Es sollen auch noch weitere Führer des Aufbruchs festgenommen werden.

Deutsche Tageschau.

Parteiliche Belastung von Schülern.

Der holländische Minister für Kultus und Unterricht hat eine Verordnung gegen die parteipolitische Betätigung von Schülern erlassen. Wohlwollenden Schülern wird damit freie Zugehörigkeit zu politischen Parteien und Vereinigungen sowie ihrer Organisationen und ihrer Jugendgruppen oder Sünden jeder Art und die Teilnahme an parteipolitischen Veranstaltungen, auch wenn sie in gefellig oder sonstige Form gefeiert sind, unter Androhung strenger Strafe, unter Umständen Verweigerung von Schulbesuch, verboten. Ebenso sind die Lehrpersonen jeder parteipolitischen Betätigung der Schüler innerhalb und außerhalb der Schule streng unterlagt.

Anzugsverbot für Anhalt bleibt bestehen.

Das anhaltische Staatsministerium hat beschlossen, dem preussischen Vorstöße nicht zu folgen und an dem Verbot der politischen Versammlungen unter freiem Himmel nicht zu rütteln. Schwedische Kreispolizeireiter oder haben dem Ministerium einmütig zugestimmt, weil Ausnahmeermäßigungen für politische Versammlungen und Linsüge unter freiem Himmel in Anhalt nicht zu ersonnen werden.

Auslands-Rundschau.

Die Schwierigkeiten der Oesterreichischen Kreditanstalt.

Der neuernannte Generaldirektor der Oesterreichischen Kreditanstalt, von Hengel, hat London einen Besuch abgestattet, um mit führenden Finanzmännern die Schwierigkeiten zu besprechen, die erste Sorgen für jeden Beteiligten bilden. Die Entfaltung Stenbilds, des neuen Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank, der Kreditanstalt keine weiteren Kreditmöglichkeiten mehr zu geben, wird in englischen Kreisen als ein neuer französischer Vorstoß angesehen, auf Oesterreich und seine Gläubiger einen Druck auszuüben, und zwar vermutlich im Interesse der Förderung des Planes eines Zoonabundes unter französischer Oberleitung.

Tod eines bekannten Substanzdeutschen.

In Prag ist Altbürgermeister Dr. Josef Horal im Alter von 84 Jahren gestorben. Er war einer der bedeutendsten Mitglieder der ehemaligen Ministerium wurde. Er war immer ein Mann der Gerechtigkeit und hatte eine große Bedeutung für die Bevölkerung seiner Heimat.

Er war immer ein Mann der Gerechtigkeit und hatte eine große Bedeutung für die Bevölkerung seiner Heimat. Er war ein Mann, der sich für die Gerechtigkeit einsetzte und die Rechte der Bürger verteidigte. Er war ein Mann, der die Interessen der Allgemeinheit vor die eigenen setzte. Er war ein Mann, der die Gerechtigkeit in die Tat umsetzte und die Rechte der Bürger verteidigte.

Er war immer ein Mann der Gerechtigkeit und hatte eine große Bedeutung für die Bevölkerung seiner Heimat. Er war ein Mann, der sich für die Gerechtigkeit einsetzte und die Rechte der Bürger verteidigte. Er war ein Mann, der die Interessen der Allgemeinheit vor die eigenen setzte. Er war ein Mann, der die Gerechtigkeit in die Tat umsetzte und die Rechte der Bürger verteidigte.

Er war immer ein Mann der Gerechtigkeit und hatte eine große Bedeutung für die Bevölkerung seiner Heimat. Er war ein Mann, der sich für die Gerechtigkeit einsetzte und die Rechte der Bürger verteidigte. Er war ein Mann, der die Interessen der Allgemeinheit vor die eigenen setzte. Er war ein Mann, der die Gerechtigkeit in die Tat umsetzte und die Rechte der Bürger verteidigte.

Er war immer ein Mann der Gerechtigkeit und hatte eine große Bedeutung für die Bevölkerung seiner Heimat. Er war ein Mann, der sich für die Gerechtigkeit einsetzte und die Rechte der Bürger verteidigte. Er war ein Mann, der die Interessen der Allgemeinheit vor die eigenen setzte. Er war ein Mann, der die Gerechtigkeit in die Tat umsetzte und die Rechte der Bürger verteidigte.